

Sind die Reichen an der Armut schuld?

Die Juso-Volksinitiative zur Erbschaftssteuer lässt eine alte Streitfrage neu aufleben

HANSUELI SCHÖCHLI

Ohne Milliardäre und Multimillionäre würde es den übrigen Bewohnern der Schweiz besser gehen. Das suggerieren die Urheber der Volksinitiative, die eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögensteilen über 50 Millionen Franken fordert. Dahinter scheint eine diffuse Vorstellung des Wohlstands als Nullsummenspiel zu stehen. Frei interpretiert: Es gibt ein gegebenes Wohlstandsvolumen, es geht nur um dessen Verteilung, und die Reichen sind nur deshalb so reich, weil sie den Armen die Butter vom Brot nehmen.

Im wirklichen Leben ist der Wohlstand alles andere als fix, wie die Wirtschaftsgeschichte der letzten 50 und auch 150 Jahre zeigt. Bildung, Arbeit, Investitionen und Innovationen zählen zu den zentralen Wohlstandstreibern. Die globale Wirtschaftsleistung pro Kopf hat sich seit 1950 teuerungsbereinigt mehr als vervierfacht. Die Reichen wurden viel reicher, doch auch der Mittelstand und die Armen profitierten. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Weltbevölkerung, der unterhalb der Grenze zur extremen Armut nach Weltbank-Definition lebte, von 60 auf 10 Prozent. Der grösste Teil dieser Reduktion ist laut der Weltbank nicht Umverteilungen zu verdanken, sondern dem Wirtschaftswachstum.

Unklarer Zusammenhang

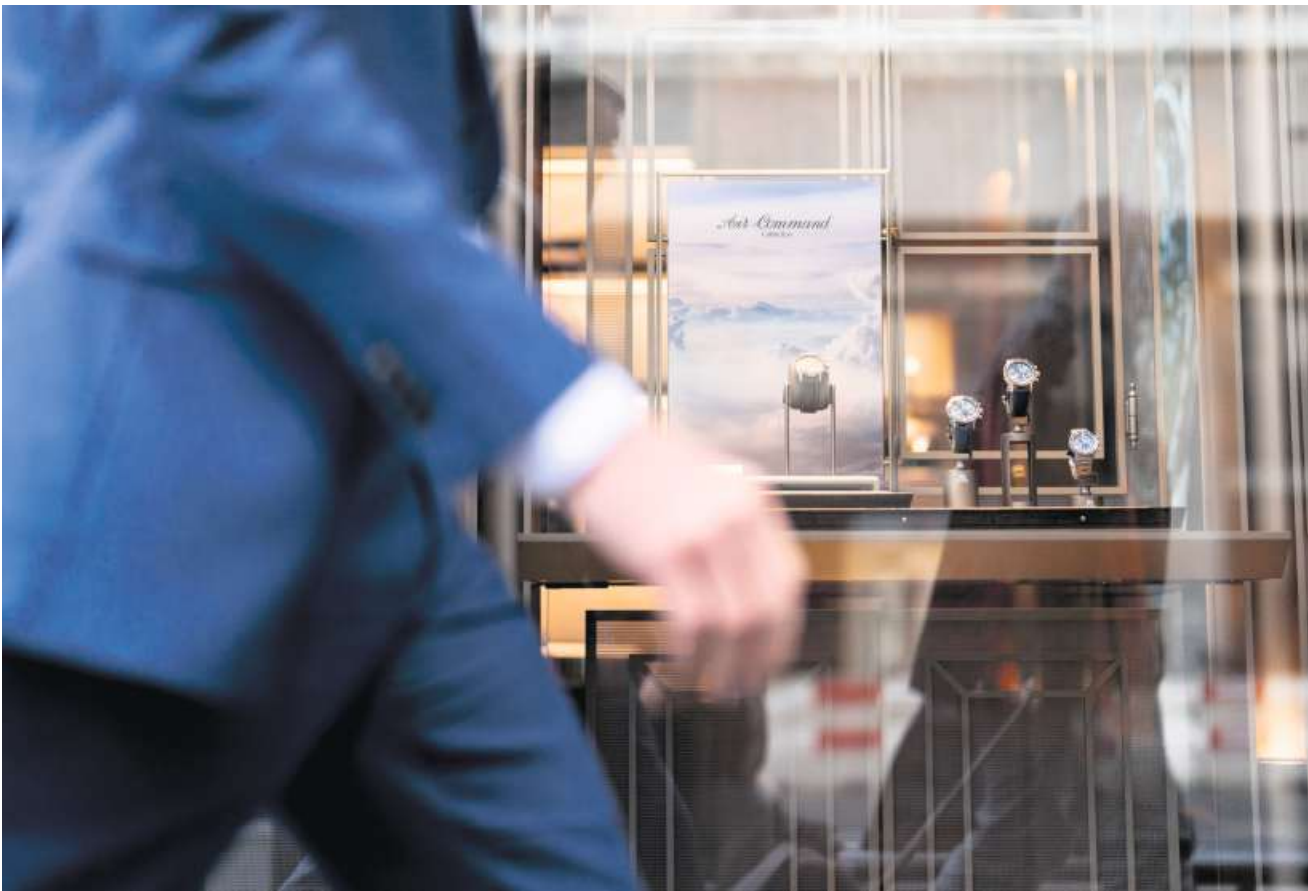
Ein Paradebeispiel lieferte China. Die 1978 unter Deng lancierte wirtschaftliche Öffnung produzierte viele Milliardäre und Multimilliardäre. Dies führte über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahrzehnten zu einem starken Anstieg der Ungleichheit, doch gleichzeitig fiel die

Erbschaftssteuerinitiative

Eidgenössische Abstimmung
vom 30. November 2025

Quote der extremen Armut von über 90 Prozent auf etwa 20 Prozent im Jahre 2010 und gegen null heute.

Auch in der Schweiz ist der Wohlstand oben, unten und in der Mitte gestiegen. Würden morgen die 100 Reichsten das Land verlassen, säne die Ungleichheit, doch die verbliebenen Einwohner würden nicht reicher, sondern ärmer – weil mit den wegziehenden Reichen auch deren Steuern, Investitionen und Konsumausgaben abwanderten. Und spiegelbildlich: Ein Zuzug von 100 Milliardären in die Schweiz würde die Ungleichheit steigern, aber auch zusätzliche Steuern und Wirtschaftsaktivitäten bringen, von denen die Normalbürger profitierten.



Die Reichen nehmen dem breiten Publikum in der Schweiz nicht die Butter vom Brot.

TIL BUERGY / KEYSTONE

Das heisst nicht, dass mehr Ungleichheit aus wirtschaftlicher Sicht per se wünschenswert wäre. Der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftsentwicklung ist seit Jahrzehnten Gegenstand einer breiten internationalen Forschungsliteratur. Theoretisch gibt es Argumente in beide Richtungen. Eine hohe Ungleichheit kann schlecht sein für die Entwicklung, vor allem wenn diese Ungleichheit das Produkt einer breiten absoluten Armut darstellt. Dies kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, politische Instabilität fördern und den Weg aus der Armut erschweren. Eine weitere Gefahr starker Ungleichheit ist die Monopolisierung der Politik durch die Reichsten, mit der Förderung von Korruption und Vetternwirtschaft anstelle von Institutionen, die einen fairen Wettbewerb und einen breiten Zugang zu Bildung und politischer Mitsprache ermöglichen.

Auf der positiven Seite kann Ungleichheit starke Anreize für Bildung, Arbeit und Investitionen schaffen. Und die typischerweise hohen Sparquoten der Reichen können Investitionen befördern.

Der Saldo ist unklar. Antworten kann deshalb nur die Forschung zu den praktischen Erfahrungen liefern. Doch das Bild der internationalen Forschungslite-

ratur dazu ist uneinheitlich. So spiegelte zum Beispiel 2015 eine Überblicksarbeit der OECD über den Forschungsstand Studienergebnisse in beide Richtungen mit keiner klaren Tendenz. Die OECD ist ein Klub von knapp vierzig relativ reichen Ländern. Eigene Schätzversuche der OECD deuteten derweil darauf, dass eine höhere Ungleichheit in der Tendenz das Wirtschaftswachstum bremst. Einen weiteren Überblick über den Forschungsstand publizierten zwei Wissenschaftler der Universität St. Gallen 2022. Die Kernbotschaft ähnelt jener des OECD-Überblicks: Es gebe keinen klaren Konsens, die Forschungsliteratur finde positive ebenso wie negative Effekte der Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum.

Mittlere Ungleichheit gesucht

Zu den möglichen Erklärungen der Uneinigkeit zählen Differenzen in den Schätzmethoden, Unterschiede in der politischen Haltung von Studienautoren (man findet, was man finden will) sowie die Mutmassung, dass der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum je nach Grad der Ungleichheit positiv oder auch negativ sein kann. «Ein mittleres Niveau der Ungleichheit maximiert wahrscheinlich

das Wachstum», schreiben die erwähnten St. Galler Ökonomen am Ende ihres Forschungsüberblicks.

Theoretisch ist dies gut nachvollziehbar: Totale Gleichheit dämpft Bildungs-, Arbeits- und Leistungsanreize massiv, während extreme Ungleichheit das durchschnittliche Bildungsniveau und die politische Stabilität niedrig halten dürfte. Beide Szenarien bremsen die Wirtschaftsentwicklung.

Doch wo liegt das Optimum? Das kann niemand genau sagen. Die optimale Ungleichheit dürfte auch nicht in jedem Land die gleiche sein, weil dies unter anderem von den Einstellungen der Bürger und der Qualität der Institutionen im Land abhängt. Tendenz: Je stärker die Institutionen namentlich einen breiten Zugang zu Bildung, fairen Wettbewerb und demokratische Mitspracherechte ermöglichen, und je grösser die Ungleichheitstoleranz der Bevölkerung ist, desto höher kann die Ungleichheit sein, ohne dass sie per saldo Schaden anrichtet.

Nahe beim Optimum?

Einzelne Forscher haben versucht, die Grössenordnung der optimalen Ungleichheit zu schätzen. Als gängiges Kriterium dient der sogenannte Gini-

Koeffizient der verfügbaren Einkommen. Der Gini ist ein Ungleichheitsmass; es reicht von 0 (alle haben gleich viel) bis 1 (einer hat alles). Eine Forschungsarbeit aus dem Jahr 2018 aus Bangladesh schätzte die optimale Einkommensungleichheit auf einen Gini von 0,38. Dies auf der Basis von Daten von 25 reichen und mittelreichen Ländern über fünf Jahrzehnte. 2022 schätzte der Chefökonom eines deutschen Vermögensverwalters in einer Analyse von 44 Ländern die optimale Einkommensungleichheit auf etwa 0,30.

Das ist eine gute Nachricht. Denn 0,3 entspricht laut den Bundesstatistikern genau dem aktuellsten Gini-Index der Schweiz gemessen an den verfügbaren Haushaltseinkommen 2021 (bereinigt um Differenzen in der Haushaltsgrösse). Steuern und Transferzahlungen senken den Gini-Index in der Schweiz um einen Drittel (von 0,45 auf 0,3). Doch Schätzungen zum optimalen Gini sind wegen methodischer Probleme mit grosser Vorsicht zu geniessen; sie geben nur Hinweise auf eine mögliche Grössenordnung.

Ein Gini von 0,3 deutet auf eine moderate Ungleichheit, wie sie in Westeuropa gängig ist. 0,2 gilt als tiefe Ungleichheit, 0,4 dagegen als hoch. Der Gini der meisten OECD-Länder steht zwischen 0,25 und 0,35. Höher liegen zum Beispiel die USA (0,4) und das Vereinigte Königreich (knapp 0,37).

Idyllische Schweiz

Deutlich ungleicher als die Einkommen sind die Vermögen verteilt. Die im laufenden Jahr publizierte statistische Analyse eines internationalen Forschungsduos zum Zusammenhang zwischen Vermögensungleichheit und Wirtschaftswachstum kommt auf unterschiedliche Befunde je nach Ländertyp. Vereinfacht gesagt: In den reichen Ländern hat die Vermögensungleichheit eher einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum, in den ärmeren Ländern gilt eher das Gegenteil. Doch auch dies ist nicht das letzte Wort.

Klar scheint: In der Schweiz sind die Verhältnisse im internationalen Vergleich idyllisch. Die breite Bevölkerung hat einen guten Zugang zu Bildung und Gesundheitswesen, der Mittelstand und die Ärmsten stehen finanziell besser da als ihre Pendants in den meisten anderen Ländern, und die politischen Mitspracherechte sind so gross wie nirgendwo sonst. Kurz: Die Reichen nehmen dem Rest der Bevölkerung nicht die Butter vom Brot. Doch ob man die schon jetzt ziemlich starke Umverteilung von oben nach unten noch verstärken will, bleibt letztlich eine Frage von politischen Empfindungen.